

*Lidia Zessin-Jurek*

## **Zwangsdeportationen nach Sibirien und gespaltene Erinnerung in der EU**

Am 6. Mai 2017 soll in Brüssel das Haus der Europäischen Geschichte eröffnet werden. Es geht auf eine Initiative des Europäischen Parlaments zurück und hat zum Ziel, ein besseres Verständnis für die europäische Geschichte und die Integration Europas zu fördern. Es dauerte genau 10 Jahre, diese Idee zu realisieren, nachdem Hans-Gert Pötering sie in seiner Antrittsrede als EU-Parlamentspräsident erstmals vorgebracht hatte.

Die ständige Ausstellung des Museums soll nicht als eine Kompilation nationaler Geschichten gestaltet werden, sondern die Geschichte Europas aus einer Art Vogelperspektive mit einem speziellen Schwerpunkt auf das 20. Jahrhundert präsentieren. Was aber fiel einem zuerst ins Auge, blickte man von oben auf den europäischen Kontinent und seine Geschichte? Sicher die Verschiebungen der Staatsgrenzen; aber noch stärker die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur: Zuerst das Verschwinden von 6 Millionen Juden; und zweitens die großen Bevölkerungsverschiebungen in Osteuropa in Folge des Krieges. Beide waren das Ergebnis deutscher und sowjetischer Politik in den 1940er Jahren.

In diesem Text werden wir uns mit einem Element letzteren Phänomens befassen: den Zwangsmigrationen vor allem nach Sibirien. Sie wurden von Stalin im Rahmen seiner Politik der präventiven Bestrafung bestimmter Gruppen oder ganzer Nationen für ihnen pauschal zugeschriebene politische Einstellungen orchestriert. Opfer dieser Repressionen waren unter anderem Balten, Polen und zu einem geringeren Ausmaß auch andere Nationalitäten in jenen Regionen, die heute den östlichen Teil der Europäischen Union bilden.

Uns interessiert, wie die Autoren der ständigen Ausstellung im Haus der Europäischen Geschichte das Thema der Zwangsmigrationen nach Sibirien behandeln. Zweifelsohne reflektiert die Ausstellung im Herzen von Brüssel einen jahrelangen Diskussions- und Aushandlungsprozess um die Definition einer „europäischen Erinnerung“. Eine wichtige Etappe in diesem Prozess begann mit dem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten und lief auf unterschiedlichen Ebenen ab. Eine dieser Ebenen waren die EU-Institutionen, denen sich dieser Aufsatz widmet.

### **Europäische Erinnerung: Unterschiedliche Ausrichtungen**

Die unterschiedlichen Haltungen der beiden in Brüssel aktiven Politiker Sandra Kalniete und Vytenis Andriukaitis sind ein gutes Beispiel. Beide spielen eine wichtige Rolle in den Institutionen der EU, beide hatten bzw. haben die Position eines EU-Kommissars inne. Und

sie haben noch mehr gemeinsam: beide Politiker kommen aus den baltischen Staaten, aus Lettland bzw. Litauen, beide wurden in den frühen 1950er Jahren geboren (1952 bzw. 1951), und, besonders wichtig in unserem Zusammenhang, beide wurden in Sibirien geboren (in Togur bzw. Jakutien). Ihre Eltern wurden 1941 bzw. 1940 in die Sowjetunion deportiert und erhielten erst 15 Jahre später die Erlaubnis, in ihre Heimatländer zurückzukehren.

Ungeachtet der Parallelen in Alter, geographischer Herkunft, Familiengeschichte und späterer politischer Karriere repräsentieren diese beiden Politiker konkurrierende Auffassungen innerhalb der europäischen Institutionen zur jüngsten Geschichte des Kontinents. Sie repräsentieren unterschiedliche Haltungen in den Debatten um eine europäische Erinnerung. Sandra Kalniete steht der „Prager Erklärung zum Gewissen Europas und zum Kommunismus“ (2008) nahe. Das hauptsächlich von Europa-Abgeordneten und anderen, aus dem ehemaligen Sowjetblock stammenden öffentlichen Persönlichkeiten wie Joachim Gauck oder György Schöpflin unterzeichnete Dokument plädiert für eine „gesamteuropäische Übereinkunft darüber, dass die totalitären Regime von Nationalsozialisten und Kommunisten als die größten Katastrophen angesehen werden müssen, die das 20. Jahrhundert heimgesucht haben“. Der Veröffentlichung folgte eine Reihe politischer Initiativen, die als „Prager Prozess“ zusammengefasst werden und die von einer Gruppe unterschiedlicher Erinnerungsakteure unter dem Dach der sog. „Plattform Europäische Erinnerung und Gewissen“ sowie der Allparteien-Gruppierung „Reconciliation of European Histories“ innerhalb des Europäischen Parlaments unter dem Vorsitz von Sandra Kalniete betrieben wurden.

Vytenis Andriukaitis dagegen gehört zu den Unterstützern der „Erklärung zum 70-ten Jahrestag der Endlösungs-Frage der Wannsee-Konferenz“, die anlässlich eben dieses Jahrestages 2012 im Europäischen Parlament präsentiert wurde und eine Erwiderung auf die „Prager Erklärung“ war. Die aus akademischen und politischen Zirkeln stammenden Unterzeichner wie etwa Dovid Katz oder Martin Schulz stellten sich gegen eine Erinnerungspolitik, die „den Kommunismus als dem Nationalsozialismus gleich, ähnlich oder äquivalent behandelt, wie es die Prager Erklärung suggeriert“. Nach der Präsentation dieser Erklärung folgte eine interessante Debatte vor allem in den baltischen Staaten. Eine Kontroverse löste der damalige litauische Außenminister Audronius Ažubalis durch seine Äußerung aus, dass abgesehen von der Länge ihrer Schnurrbärte kein Unterschied zwischen Hitler und Stalin zu erkennen sei. Vytenis Andriukaitis war aktiv an dieser Debatte beteiligt und wendete sich gegen eine solche Argumentationsweise, die er als historischen Revisionismus brandmarkte.

Die vier Jahre nach der „Prager Erklärung“ veröffentlichte „Erklärung zum 70-ten Jahrestag“ war einer europäischen Erinnerungskultur näher, die viele konservative osteuropäische Erinnerungsakteure in Brüssel in Frage stellten. Sie förderten eine Reihe von Initiativen: 2006

verurteilte der Europarat in einer Resolution die Verbrechen der totalitären kommunistischen Regime; 2009 bestimmte das Europaparlament den 23. August als Gedenktag für die Opfer der beiden totalitären Diktaturen;<sup>1</sup> und schließlich fanden 2010 in Brüssel zahlreiche öffentliche Anhörungen und Konferenzen zu diesem Thema statt. Einige diskutierten die kommunistischen Verbrechen in allgemeinerer Form, so etwa die von den drei baltischen Staaten organisierte Konferenz „Europa 70 Jahre nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt“ oder die öffentliche Anhörung „Was wissen junge Europäer über Totalitarismen?“. Andere Veranstaltungen widmeten sich spezifischeren Fragen, so etwa die Ausstellungen „Die Vertriebenen“, die die Vertreibungen von Polen dokumentierte, „Eure Vergangenheit ist unsere Vergangenheit“ im Gedenken an die ersten Deportationen aus den baltischen Staaten 70 Jahre zuvor, oder „Sibirien-Briefe auf Birkenrinde“.

Darüber hinaus erlebte der provokante Film „The Soviet Story“ des lettischen Regisseurs Edvīns Šnore in Brüssel seine Uraufführung. Dieser Dokumentarfilm versucht, die Verbrechen der Sowjets in einem neuen Licht zu zeigen, indem er Parallelen zwischen dem Sowjetregime und dem Nationalsozialismus zieht. Er war von zwei lettischen Europa-Abgeordneten finanziell unterstützt worden, die auch die Vorführung im EU-Parlament organisierten. Beide gehören der eingangs erwähnten Allparteien-Gruppierung „Reconciliation of European Histories“ unter dem Vorsitz von Sandra Kalniete an.

Nicht ohne Bedeutung ist auch, dass Sandra Kalniete selbst 2001 den Bestseller „Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee“ (deutsch 2005) veröffentlichte, in dem sie die Deportation ihrer Familie in die Sowjetunion beschreibt. Das Buch wurde in viele Sprachen übersetzt und außer in Deutschland überwiegend positiv aufgenommen. „Vom Gulag nach Brüssel: eine Reise, wie es sie noch nie gegeben hat. Am Ende dieser Reise, als sie die Schwelle zur Europäischen Union überschreitet, hat Sandra Kalnietes Suche nach Gerechtigkeit ihr Ziel erreicht“,<sup>2</sup> so der italienische „Corriere della Sera“, der Brüssel als den richtigen Ort betrachtete, an dem Gerechtigkeit für die sowjetischen Verbrechen zumindest zu einem gewissen Grad erreicht werden könne.

Andere Erinnerungsakteure des sogenannten „Prager Prozesses“ (mit dem Ziel einer Anerkennung des Kommunismus als Teil einer gemeinsamen europäischen Geschichte) sind die bereits erwähnten Mitglieder der Arbeitsgruppe „Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen“, aber auch Gedenkstätten und neu gegründete Museen überall in Osteuropa. Diese Erinnerungsakteure bemühten sich, die europäischen Institutionen auf das Thema der stalinistischen Verbrechen aufmerksam zu machen. Zur Begründung ihrer Bemühungen führten sie drei Hauptargumente an:

---

<sup>1</sup> S. Troebst, *Der 23. August als euroatlantischer Gedenktag? Eine analytische Dokumentation*, in: A. Kaminsky, D. Mueller, S. Troebst, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer*, Goettingen: Wallstein 2011.

<sup>2</sup> „Il Corriere della Sera“, 22.08.2005.

## Drei Beweggründe für die Inklusion stalinistischer Verbrechen in die europäische Erinnerung

Erstens müsse die „wahre Geschichte“ des Eisernen Vorhangs erst noch geschrieben werden. In zahlreichen Erklärungen, Meetings und Statuten wiesen sie auf das mangelnde Wissen um die stalinistischen Verbrechen im Westen und auf die Notwendigkeit hin, diese schmerzliche und gefährliche Wissenslücke zu schließen.

Zweitens gebe es eine „Pflicht zur Erinnerung“, als Verpflichtung, sich für die Opfer einzusetzen und künftige Verbrechen dieser Art zu verhindern. Das dritte Argument lautete „Sicherheit durch Integration“. Damit appellierte man an eine aktive Erinnerungspolitik der europäischen Institutionen, die die Autorität besäßen, Erinnerung an bestimmte Ereignisse durchzusetzen. Ein gesamteuropäisches kollektives Gedächtnis sei ein Gegenmittel gegen das – wie es ein litauischer Redner in Brüssel ausdrückte – nagende „Gefühl der Unsicherheit, dass die Osteuropäer trotz ihrer Mitgliedschaft in EU und NATO empfinden“<sup>3</sup>.

So begründeten die Erinnerungsakteure selbst ihren Appell, die Erfahrung des Kommunismus in das kollektive Gedächtnis Europas zu integrieren. Ihre Forderungen hatten jedoch wahrscheinlich noch eine Reihe weiterer, untereinander zusammenhängender Gründe. Den ersten könnte man frei nach der estnischen Wissenschaftlerin Maria Mäliksoo als „die Politik, Europäer zu werden“<sup>4</sup> bezeichnen. Es geht um den Wunsch, zu den europäischen Entscheidungsträgern zu gehören, darum, unter Beweis zu stellen, dass die osteuropäischen Länder nach ihrer jahrelangen erzwungenen Randposition nun in Brüssel etwas zu sagen haben. Der zweite Grund ist mit dem ersten verknüpft und lässt sich als eine Art Gegenreaktion gegen die weichen EU-Beitrittskriterien zusammenfassen. Eines dieser Kriterien, auf die die osteuropäischen Staaten keinen Einfluss nehmen konnten, bevor sie „Europa beitraten“ war die Sichtweise auf den 2. Weltkrieg. Sie waren mit einem, wie Harald Wydra es bezeichnet hat, „hegemonialen Geschichtsmodell westlichen Zuschnitts“<sup>5</sup> konfrontiert. Dies bedeutete auch, dass man von ihnen erwartete, sich gegenüber dem, was Dan Diner als „Gründungsakt“ der Europäischen Union bezeichnet hat – gegenüber dem Holocaust – nach westlichen Maßstäben zu positionieren.

„Das Problem mit dem Bekennen nationaler Schuld“ war zweifelsohne der dritte Grund für die konfrontative Haltung einiger osteuropäischer Erinnerungsakteure in Brüssel. Die Gesellschaften in der Region durchliefen bereits – in unterschiedlichem Ausmaß – einen

---

<sup>3</sup> A. Stranga, *A few words about collective memory in Europe*, in: *Europe 70 years after the Molotov-Ribbentrop Pact*, Vilnius: Margiraštai 2009, S. 71.

<sup>4</sup> M. Mäliksoo, *The Memory Politics of Becoming European: The East European Subalterns and the Collective Memory of Europe*, „European Journal of International Relations“, 15 (4) 2009.

<sup>5</sup> H. Wydra, *The Dynamics of Memory in East and West: Elements of a Comparative Framework*, in *Remembrance and Solidarity. Studies in 20th century European History*, (1) 2012.

schwierigen Prozess der nationalen Gewissenserkundung mit Blick auf ihre Verwicklung in den Holocaust. Doch der starke Nachdruck, der in der Vor-Beitrittsphase auf eine Anerkennung des Holocaust als Schlüsselement kollektiver Erinnerung in Europa gelegt wurde, hat diesen Prozess zweifelsohne beschleunigt und die Fähigkeiten osteuropäischer Gesellschaften zur Selbstkritik stark strapaziert. Umso mehr, als sie zur selben Zeit mit einer Debatte um ihre Verantwortung nicht nur gegenüber ihren jüdischen Nachbarn, sondern auch für die Vertreibung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg konfrontiert wurden, was zusätzliche Irritationen hervorrief.

Kein Wunder, ist man geneigt zu sagen, dass die Osteuropäer im Verlauf ihrer Beschäftigung mit ihrer eigenen Schuld zunehmend Trost darin fanden, ihren eigenen Status als Opfer zu betonen – Opfer sowohl der Deutschen als auch der in den westeuropäischen Gesellschaften nicht präsenten Sowjets. Dies besaß den therapeutischen Wert, die moralische Belastung durch den überfälligen Prozess der Anerkennung eigener Mitverantwortung für den Holocaust abzumildern – falls diese Anerkennung überhaupt je stattfand oder Fuß fasste.

Dies ist der Kontext, in dem die Zwangsdeportationen nach Sibirien und in den Gulag zu Ikonen der in Brüssel neu formierten osteuropäischen Erinnerungsgemeinschaft wurden. Doch wie genau ging dies vor sich? Der Gulag, die Erfahrung der sowjetischen Arbeitslager war vielen Staaten gemeinsam, mit Opferzahlen, die in die Millionen gingen. Daher war der Rückgriff auf die Erinnerung an die Sibirien-Deportationen auf transnationaler Ebene besonders effektiv. Dem Gulag wurde eine Rolle als Symbol für die Verbrechen des Stalinismus / Kommunismus zugewiesen, als Gegenstück und, als die Diskussionen zunehmend an Dramatik gewannen und die Gereiztheit zunahm, auch als Konkurrenz zum Holocaust. Er wurde bald zu einem der Haupterinnerungsorte neben „Jalta“ und dem „23. August“, die von der in Brüssel neu definierten Gemeinschaft Osteuropas scheinbar geteilt wurden. Zwischen 2006 und 2011 wurden zahlreiche Texte publiziert, die dieses Problem diagnostizierten. Ihre Titel sprechen für sich: „Gulag kontra Shoah“, „Auschwitz versus Gulag“, „Die Holocaust-Gulag-Konkurrenz“.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> T. Snyder, *Hitler vs. Stalin: Who Killed More?*, "The New York Review of Books" 10.03.2011; F. Münch, *The crusades of civil religion – "Holocaust versus GULag" and the competition of negative founding myths of Europe in: Images and Myths of Europe. The Western and the Eastern Perspectives*, Torun 2011; M. Shafir, *Competitive martirology in post-communist states. The Holocaust-Gulag competition*, öffentlicher Vortrag in Cluj-Napoca, 19.05.2011; C. Leggewie, *Battlefield Europe. Transnational memory and European identity*, "Eurozine" 28.04.2009; E. Droit, *Le Goulag contre la Shoah. Mémoires officielles et cultures mémorielles dans l'Europe élargie*, "Vingtième Siècle. Revue d'histoire" 27/94, 2007; "Competing Memories" - Holocaust and GULAG in European History: Memory Culture in the Baltic Sea Area, Workshop 3.05.2006; S. Troebst, *Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa* in: "Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, hg.von B. Faulenbach, Essen: Klartext 2006.

## Gulagerinnerung vor 2004 – kein gängiges *lieu de memoire*

Interessanterweise hatten die Osteuropäer vor dem EU-Beitritt kaum über die Gemeinsamkeiten ihrer historischen Erfahrung als einst von der Sowjetunion dominierte Länder nachgedacht. Ebenso wenig hatte der Gulag in den Staaten der Region (mit Ausnahme vielleicht der baltischen Länder) eine prominente Rolle als Erinnerungsort gespielt. Nun aber erwählten osteuropäische Europa-Abgeordnete ihn zu einem Symbol einer gemeinsamen Erfahrung der gesamten Region. Dieses Zusammenschließen der Erinnerungen fand in Brüssel statt, dem ersten Ort, an dem man sich regelmäßig traf und die wichtige Erfahrung machte: Wir haben etwas gemeinsam, etwas, das uns von unseren westlichen Partnern unterscheidet. Sie stimulierte einen Solidaritätsdiskurs unter den Nationen der Region und generierte eine stärkere transnationale Kooperation zwischen ihnen.

Die uns am meisten interessierende Frage ist, ob das in Brüssel entspringende „Verschärfen der Gulag-Erinnerung“<sup>7</sup> überhaupt über Brüssel hinausreichte. Brachte es irgendwelche konkreten Langzeiteffekte für das Gedenken an den Gulag insgesamt? Wir wissen, dass Debatten auf EU-Ebene einen eher beschränkten Einfluss auf die politischen Diskurse in den nationalen Öffentlichkeiten ausüben. Immerhin fiel die Wiederbelebung der Gulag-Erinnerung mit einem zunehmend sichtbaren Gulag-Gedenken in den osteuropäischen Staaten zusammen. Seit der Mitte der 2000er Jahren nahmen die Opferehrungen in verschiedener Form zu.

Bevor wir fortfahren, sei erwähnt, dass nach der kurzfristigen Wiederbelebung der Erinnerung an die Deportationen nach Sibirien während des „Revolutionskarnevals von 1989“ (Padraic Kenney) das Interesse an diesem Thema stark nachließ, eine bittere Überraschung für die – erstmals und endlich gehörten und anerkannten – Akteure dieser Erinnerung. Wenn wir uns den polnischen Fall ansehen, dann stellen wir fest, dass nach 1989 kein Mangel an noch unbehandelten Erinnerungsthemen herrschte. Die Deportationen nach Sibirien hatten bereits im Narrativ der Dissidentenbewegung der 1980er Jahre eine wichtige Rolle gespielt. Es war in den 1980er Jahren, als dieses Thema besonders große Popularität genoss, selbst wenn oder vielleicht gerade weil die meisten Gedenkinitiativen nicht-offizieller Art waren. In den 1990ern hatte sich das revolutionäre Potential des Themas bereits erschöpft, und auch seine Anziehungskraft als dissidentes Thema war natürlich verschwunden. Mit den neuen Prioritäten schien der Gulag außer Mode gekommen zu sein. Der Moment der Aufarbeitung dieser Vergangenheit war kurz und nicht zufriedenstellend. Keine der politischen Parteien war wirklich daran interessiert, das Thema aufzugreifen. Den Linksliberalen schlug es zu viele martyrologisch-patriotische Saiten an, und die konservative Rechte gab anderen polnischen

---

<sup>7</sup> T. Zhurzhenko, *Concluding Remarks: The Geopolitics of Memory*, in *Broken Narratives: Post-Cold War History and Identity in Europe and East Asia*, hg. von S. Weigelin-Schwiedrzik, Leiden, Boston: Brill 2104.

Opfergeschichten den Vorzug, die gründlicher vergessen (die „Verstoßenen Soldaten“ der Heimatarmee), spektakulärer (der Warschauer Aufstand) oder scheinbar polnischer (Katyń) waren, aktueller (der Flugzeugabsturz von Smolensk) oder schlicht weniger kontrovers (viele der einstigen Deportierten hatten im kommunistischen Polen Karriere gemacht, allen voran der für das Kriegsrecht von 1981 verantwortliche General Wojciech Jaruzelski).<sup>8</sup>

### Neubelebung der Gulagerinnerung

Die althergebrachte, „Graswurzel“-Kultur der Erinnerung an die Deportationen nach Sibirien begann sich erst im jüngsten Jahrzehnt zu verändern. Gedenkinitiativen wurden nun bereitwilliger durch staatliche Stellen ermutigt und gelegentlich aus Mitteln der EU oder der Visegrad-Staaten unterstützt. Einige rekurrierten auf die Holocaust-Erinnerungskultur wie etwa mit dem alljährlich im ostpolnischen Białystok organisierten „Marsch der lebendigen Erinnerung an Sibirien“, der in Namen und Konzept dem israelischen „Marsch der Lebenden“ in Auschwitz ähnelt. Ein anderes Anzeichen für diesen Trend ist das ehrgeizige Projekt für ein Sibirien-Gedenkmuseum in Białystok. Der Entwurf des Museums ist sehr modern und nach dem Vorbild der Museen für den Warschauer Aufstand und für die Geschichte der Polnischen Juden konzipiert. In Krakau wurde 2012 ein Dokumentationszentrum für Deportationen, Vertreibungen und Umsiedlungen gegründet. Die Erinnerung an Sibirien kehrt zurück, vermittelt durch modernere Medien, die die jüngere Generation eher ansprechen. Dies schließt auch Filme wie die besonders wichtige Produktion „Syberjada Polska“ (2013) mit ein, die als „erste polnische big-budget Produktion, die die Deportationen nach Sibirien von 1940-41 auf die Leinwand bringt“, beworben wurde

In Tschechien kamen andere moderne Medien zum Einsatz, um des Gulags zu gedenken. So wurde kürzlich ein virtuelles Gulag-Museum online gestellt, das die einstigen sowjetischen Arbeitslager mithilfe einer 3-D-Animation kartiert und dokumentiert. Es ist eines von mehreren bereits existierenden Online-Museen zu diesem Thema. Die baltischen Staaten organisieren Veranstaltungen in der Art von Pilgerfahrten, Expeditionen und Reisen für Schulklassen an einige der Schauplätze der Deportationen. An unterschiedlichen Orten in Osteuropa (in vielen polnischen und litauischen Kleinstädten etwa) werden Repliken der Viehwaggons, mit denen Menschen nach Sibirien transportiert wurden, sowie der Baracken und Hütten, in denen sie leben mussten, ausgestellt. Neue zentrale Geschichtsmuseen in mehreren osteuropäischen Hauptstädten präsentieren dem Gulag gewidmete Ausstellungsräume (z.B. das Haus des Terrors in Budapest). In Polen wurden Straßen, Parks und Schulen in fast allen größeren und

---

<sup>8</sup> Wojciech Jaruzelski wurde 1940 im Alter von 16 Jahren deportiert. Sein Vater kam bei der Zwangsarbeit in den Kohleminen von Karaganda um, und er selbst erlitt als Folge einer Schneeblindheit einen dauerhaften Augenschaden. Sein späterer Karriereweg führte ihn bis in die Position als letzter kommunistischer Staatschef Polens.

kleineren Städten nach den „Sibirien-Deportierten“ benannt – ein Ergebnis der Lobbyarbeit ihrer Interessenvertretungen in den Rathäusern.

Ob diese wiederbelebte Erinnerung auf die EU zurückgeht, ist schwer zu sagen. Es könnte sein, dass die Erinnerung an die Deportationen von einem allgemeineren Wandel hin zu einer Emanzipation bislang unterrepräsentierter, opferzentrierter Erinnerungen profitiert. Sie folgen dem durch die Holocaust-Gedenkkultur etablierten Paradigma. Michael Rothberg, Autor der Monografie „Multidirectional Memory“ erklärt, dass die Geschichten und Erinnerungen an die großen, von Menschen verursachten Leiden tatsächlich miteinander verknüpft seien.<sup>9</sup> Ihm zufolge hat die Opferfokussierung des Holocaust-Gedenkens die Artikulierung anderer Leidengeschichten eher befördert denn blockiert.

### **Holocaust- und Gulagerinnerung – neue Perspektiven jenseits des Konkurrenzdenkens**

Zweifelsohne liegt in einer nicht-konkurrierenden Behandlung der Themen Holocaust und Gulag ein großes, unerschlossenes Potential. Dieses manifestiert sich in einem besonders augenfälligen Beispiel: Wenn wir uns nämlich die ethnische Herkunft der Deportierten genauer ansehen, dann sehen wir, dass ein hoher Prozentsatz von ihnen Juden waren. Die Erinnerung an die Deportationen, würde sie in weniger exklusiver Weise formuliert, könnte bzw. sollte die Hunderttausenden Holocaustüberlebenden einschließen, die nach Sibirien deportiert wurden. Sie wurden zu Opfern sowohl des nationalsozialistischen als auch des stalinistischen Regimes. Sie könnten mithin von der Komplexität und der Durchlässigkeit der in den europäischen Erinnerungskulturen heutzutage benutzten Kategorien zeugen.

Abschließend möchte ich die Frage stellen, in welchem Maße die Gesellschaften Osteuropas das im Europäischen Parlament formulierte Paradigma der „Opfersolidarität“ verinnerlicht haben. Mit anderen Worten: Wie viele der rund 80 Millionen Osteuropäer fühlen sich als Teil dieser Opfergemeinschaft? Und wen würden sie wirklich dazuzählen? Würde man die deutschen, also nicht osteuropäischen Gulag-Gefangenen miteinschließen? Und was ist mit den Opfergruppen außerhalb der Europäischen Union, mit Ukrainern, Weißrussen und Russen? Der Lackmus-Test zur Beantwortung dieser Frage ist die Art und Weise, wie sich die gegenwärtige Gulag-Gedenkkultur zu den nationalen Minderheiten stellt, insbesondere zu den nach Sibirien verbannten Juden.

Nachdem wir festgestellt haben, dass die Erinnerung an die Zwangsmigrationen nach Sibirien eine wichtige Rolle in den gespaltenen Erinnerungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft spielt, sollten wir diesen Konflikt in eine historische Perspektive stellen. Es wäre irreführend zu behaupten, dass diese Spaltung, die die Erinnerung an Holocaust und Gulag

---

<sup>9</sup> M. Rothberg, *Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*, Stanford: Stanford University Press 2009.

durchzieht, heute immer noch ein drängendes Thema wäre. Es scheint eher, dass diese europäische Debatte bereits in den vergangenen Jahren ihren Höhepunkt überschritten hat. Man kommt nicht umhin zu registrieren, dass die Institutionen der EU zuletzt nicht die Hauptbühne für Auseinandersetzungen um die Erinnerung gewesen sind. Bedeutet dies, dass man innerhalb der EU zu einem Erinnerungskonsens gefunden hat? Und dass die stalinistischen Verbrechen zu einem legitimen Teil einer europäischen Erinnerung geworden sind?

In der Tat ließen sich, was den Osten angeht, in den vergangenen Jahren Anzeichen für eine Denationalisierung solcher Themen wie Holocaust, Gulag oder Zweiter Weltkrieg generell beobachten. In Budapest hat der der „nicht-ungarischen“ Opfer des Holocaust‘ gedenkende „Marsch des Lebens“ mit jedem Jahr größeren Zulauf erfahren. Die Organisatoren des „Sibirien-Marsches“ in Białystok haben auch Vertreter anderer Nationalitäten eingeladen. In Danzig hat die neu eröffnete und wahrscheinlich bald wieder geschlossene Ausstellung des Museums zum Zweiten Weltkrieg Protest von Seiten der konservativen Regierung hervorgerufen, die den Ausstellungsmachern genau dies vorwarf: eine zu wenig nationale Perspektive einzunehmen. Im Westen wiederum haben Gedenkprogramme der Europäischen Kommission und Agentur der Europäischen Union für Grundrechte mindestens seit 2006 den Boden für die Aufnahme eines breiteren Spektrums an Erinnerungsthemen in die europäische Agenda bereitet.

Noch einmal: Bedeutet dies, dass man innerhalb Europas demnächst einen Erinnerungskonsens erreichen wird? Fest steht, dass der anfängliche, Ost wie West treffende Kulturschock der Begegnung mit „dem Anderen“ überwunden ist, so dass Erinnerungsthemen und -divergenzen keine Kontroversen mehr hervorrufen.

Doch die Tatsache, dass osteuropäische Erinnerungsakteure heute in Brüssel weniger aktiv sind, bedeutet nicht, dass sie ihre Ziele erreicht hätten. Eher hat sich die Arena ihres Kampfes verlagert. Viele der Lobbyisten einer nationalen Leidensperspektive gehören zu den konservativen Europaskeptikern innerhalb von Osteuropas politischem Spektrum.<sup>10</sup> Da sie ohnehin die EU in ihrer gegenwärtigen Form in Frage stellen, haben sie möglicherweise das Interesse daran verloren, in Brüssel Anerkennung für ihr Anliegen zu finden. Sie sind immer noch sehr aktiv, aber der Fokus ihrer Gedenkaktivitäten hat sich fast vollständig in ihre Heimatregion zurückverlagert. Daher meine These von einer Umkehr oder vielmehr Rückkehr zu ihren jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten. Vielleicht ist Anerkennung aus Europa nicht länger erstrebenswert.

---

<sup>10</sup> Allerdings eher in Polen oder Ungarn, als in den baltischen Staaten, wo die Verfechter einer Erinnerung an den Gulag auf europäischer Ebene keine Europaskepsis zur Schau tragen.

Die Frage ist, warum nicht? Um das Jahr 2010 herum war die Geschichte einer der wenigen Zankäpfel zwischen Ost und West in der Europäischen Gemeinschaft. Heute, mit den aktuellen, vor allem durch die Flüchtlingskrise verursachten Problemen, kommen die Differenzen auf anderen – scheinbar nicht historischen – Feldern zum Ausdruck. Die Geschichtsdebatte in Europa wurde so von anderen Konflikten in den Hintergrund gedrängt. Aber selbst in diesen neuen Konflikten spielen historische Argumente eine Rolle, und wieder beziehen sie sich auf die Behauptung einer westlichen Hegemonie. Einigen einflussreichen Diskursen in Osteuropa zufolge ist die europäische Willkommenspolitik gegenüber den Flüchtlingen das Ergebnis einer deutschen Dominanz in Europa. Und die deutschen Reaktionen auf die Flüchtlingskrise seien indirekt durch den Holocaust determiniert – als ein moralisches Schuldgefühl, das Deutschland dazu verpflichtete, Flüchtlingen in Not Zuflucht zu bieten. Im Verständnis der Konservativen in einigen osteuropäischen Staaten versucht Deutschland, getrieben durch seine eigene schwierige Vergangenheit, auch andere zu derselben moralischen Wiedergutmachung zu verpflichten. Dies hätten die Deutschen schon zuvor getan, indem sie die Geschichte des Holocaust „umschrieben“ und die Schuld europäisierten, um sie unter anderem auch mit den Osteuropäern zu teilen. Die Willkommenspolitik gegenüber den Flüchtlingen – wahrgenommen als Europäisierung auf ihre Kosten (sie müssten für etwas zahlen, für das sie nicht verantwortlich seien) dient in einigen osteuropäischen Staaten als starkes Argument, um die Bindung an die EU zu lockern. Die Politik der Solidarität mit den syrischen Flüchtlingen steht dem traditionellen östlichen Verständnis der Beziehung zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten entgegen: von den alten Mitgliedsstaaten erwartet man, dass sie ihren Umgang mit Osteuropa, welches sie nach dem Krieg Stalin und dem Gulag überlassen hätten, wiedergutmachen; die neuen Mitgliedsstaaten wiederum sollten nicht für die vergangenen Fehler des alten Europas, für Nationalsozialismus und Kolonialismus zahlen.

Es ist zweifelsohne ein positives Zeichen, dass die Trennlinien zwischen den europäischen Erinnerungsakteuren nicht vollständig geografisch determiniert sind. Das Beispiel der baltischen Politiker Kalniete und Andrukaitis – beide in Sibirien geboren und für das Thema einer europäischen Erinnerung engagiert – zeigt, dass die Trennlinien nicht bloß zwischen Ost und West verlaufen, sondern auch durch die Regionen selbst hindurchgehen.